

50 Jahre deutsch-türkisches Anwerbeabkommen



Der 31. Oktober 2011

ist ein denkwürdiges Datum. Es ist der 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Anwerbeabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei. Dieses Abkommen wurde am 31. Oktober 1961 in Bad Godesberg unterzeichnet. Trotz gegenteiliger Intention und vertraglicher Ausgestaltung ist dieses Abkommen der Beginn der türkischen Einwanderung in die Bundesrepublik Deutschland.

(Von Schnitzelhuber)

Bevor man nun unsere Gründerväter vorschnell kritisiert – was angesichts der heutigen katastrophalen Bilanz der muslimischen Einwanderung auf den ersten Blick naheliegend erscheinen könnte – lohnt es sich, einmal einen Blick in den seinerzeitigen Vertrag zu werfen.

Dieser enthielt unter anderem folgende Regelungen:

- Eine Anwerbung war ausschließlich für Unverheiratete vorgesehen.
- Ein Familiennachzug bzw. eine Familienzusammenführung war

ausdrücklich ausgeschlossen.

- Eine Gesundheitsprüfung und eine Eignungsuntersuchung für die vorgesehene Tätigkeit.
- Die Obergrenze für den Aufenthalt betrug zwei Jahre. Eine Verlängerung war ausdrücklich ausgeschlossen.
- Die Arbeitnehmer durften ausschließlich aus dem europäischen Teil der Türkei stammen.

Gleichwohl war der damalige Arbeitsminister Blank gegen den Vertrag, da er die kulturell-religiöse Distanz und die daraus möglicherweise resultierenden Konflikte als zu groß einschätzte.

Den damaligen Gastarbeitern wurde übrigens ein Leitfaden mit dem Titel „Wie geht man als Arbeiter nach Deutschland?“ an die Hand gegeben.

Darin heißt es unter anderem:

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein nationalistischer Staat. Die dort lebenden Deutschen sind, genau wie die Türken, Nationalisten und Feinde des Kommunismus.

Hinsichtlich des Privatlebens wird der Arbeiter davor gewarnt, sich den deutschen Frauen auf „ungebührende Weise“ zu nähern.

Über den Umfang der Feierlichkeiten am 31. Oktober 2011 ist bisher weder vom Bundespräsidialamt, den zuständigen Bundesministerien oder den zahlreichen muslimischen Interessensverbänden noch von Seiten der SPD, der LINKEN oder der GRÜNEN etwas verlautbart worden....

(Quelle der Daten: Wikipedia)

Buchtipp: